Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **89 (1998)**

Heft 15

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Marktplatz für Aus- und Weiterbildung im Bereich Wirtschaft, Handel, Business und Management. Mit wenigen Mausklicks haben Interessierte aktuelle Lehrgänge, Seminare und Kurse namhafter Ausbildungsinstitute auf dem Bildschirm: mit allen Angaben über Thema und Inhalt des Seminars, über den Zeitpunkt des Lehrgangs und über Ort und Preise der Kurse. Eine benutzerfreundliche Führung und sinnvoll konzipierte Suchkriterien machen das Vergleichen, Auswählen und Budgetieren einfach und schnell.

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Die Weko zum Elektrizitätsmarktgesetz

Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes erfordert nach Auffassung der Wettbewerbskommission (Weko) eine Aufteilung des Marktes in die Wettbewerbsbereiche Erzeugung, Handel und Verkauf sowie die Monopolbereiche Übertragung und Verteilung an Endkunden. Stromübertragungsleitungen stellen natürliche Monopole dar, zu denen es keine Alternativen gebe. Damit in den Wettbewerbsbereichen Erzeugung, Handel und Verkauf echter Wettbewerb entstehen kann, sei sicherzustellen, dass der monopolistische Netzbetrieb effizient reguliert wird. Das Netz müsse denjenigen Marktteilnehmern mit der grössten Zahlungsbereitschaft zur Verfügung stehen. Da die heutigen vertikal integrierten Versorgungsunternehmen ihr Netz aber auch für andere Zwecke wie die Telekommunikation nutzen wollen, bestehe die Gefahr von Interessenkonflikten und Quersubventionen der Wettbewerbsbereiche Erzeugung, Handel und Verkauf. Anders als der Verband der Schweizerischen Elektrizitätswerke (VSE) ist die Weko daher von der Notwendigkeit einer nationalen privatrechtlichen Netzgesellschaft überzeugt.

Zur Regelung von Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Durchleitungspflicht und -vergütung sieht der Entwurf des Elektrizitätsmarktgesetzes die Einsetzung einer unabhängigen Schiedskommission vor. Als Vorbild für diese Schiedskommission dient die Kommunikationskommission (Comcom), die eingesetzt wurde, weil der Bund als Eigentümer der Swisscom nicht auch gleichzeitig als Schiedskommission fungieren kann. Da der Bund im Elektrizitätsbereich aber nicht selbst Eigentümer des Netzes ist, kann nach Ansicht der Weko auf die Einsetzung einer Schiedskommission verzichtet werden. Die Weko selbst habe die Möglichkeit, bei missbräuchlichem Verhalten einzuschreiten.

Im weiteren spricht sich die Weko gegen die vorgesehene und vom VSE befürwortete Entschädigung nicht amortisierbarer Investitionen aus. Nach Meinung der Weko würde diese Regelung all jene Unternehmen benachteiligen, die sich frühzeitig auf die Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen eingestellt haben und bereits in der Vergangenheit viele Investitionen abgeschrieben haben. Schliesslich spricht sich die Weko gegen eine bevorzugte Durchleitung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus. Mit dieser Massnahme würde die Marktöffnung im Keim erstickt und die Förderung dieser Energiequellen von vorhandenen Netzkapazitäten abhängig gemacht.

Neue Stiftung gegen «Elektrosmog»

«Leben ohne Elektrosmog» lautet das Motto des neugegründeten Schweizerischen Instituts für biologische Elektrotechnik (Sibe). Das Sibe versteht sich als Kompetenzzentrum für Massnahmen gegen elektromagnetische Einwirkungen auf den Menschen. Die konkrete Arbeit des Sibe soll in einem sogenannten Elektrobiologie-Umweltforum stattfinden. In diesem Forum sollen einerseits durch Elektrosmog beeinträchtigte Menschen über Massnahmen gegen elektromagnetische Strahlung informiert werden, und andererseits sollen die ebenfalls beteiligten Experten (Wissenschafter, Mediziner, Architekten, Elektroinstallateure) Informationen über bestehende Belastungen und ihre gesundheitlichen Auswirkungen erhalten. Langfristig sollen auf diese Weise neue Richtwerte für maximal zulässige Feldstärken ermittelt und festgelegt werden können. Nach Auskunft des Präsidenten des Sibe empfiehlt das Sibe derzeit Richtwerte für magnetische und elektrische Felder bis 2 kHz von maximal 60 nT und 3 V/m. Für höherfrequente Felder seien bisher noch keine entsprechenden Werte bestimmt worden. Obwohl der Wert von 60 nT über 5000mal kleiner ist als der geltende Grenzwert von 100 µT, sei er ohne allzu grossen technischen Aufwand realisierbar.

Eine weitere Betätigung sieht das Sibe in Tests von elektrotechnischen Produkten und Empfehlungen für Elektrosmog-freie oder -arme Geräte. Hersteller sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Produkte vom Sibe testen und gegebenenfalls zertifizieren zu lassen. Zwar habe man bisher noch keinen Hersteller als Kunden gewinnen können, das Interesse der Industrie sei aber sehr gross.

Ulrich Grete wird Jahr-2000-Delegierter

Der Bundesrat hat den 56jährigen Juristen Ulrich Grete, Generaldirektor der Schweizerischen Bankgesellschaft, zum Jahr-2000-Delegierten gewählt. Er soll gesamtschweizerisch zur Lösung der Informatikprobleme im Hinblick auf den kritischen Jahreswechsel 1999/2000 beitragen. Grete trat seinen Posten am 1. Juli an.

Der neue Jahr-2000-Delegierte hat folgende Teilaufgaben: Er soll sensibilisieren, den Erfahrungsaustausch fördern, Lösungsverantwortliche beim Handeln unterstützen und den Fortschritt der Problemlösung in der Schweiz beurteilen. Im Vordergrund stehen dabei kleinere und mittlere Unternehmen sowie die besonders wichtigen Infrastrukturbereiche des Gesundheitswesen, der Energiewirtschaft, des Verkehrs sowie des Finanz- und Versicherungswesens. Der Delegierte ist auch Ansprechpartner für öffentliche Verwaltungen (Kantone, Gemeinden). Er rapportiert dem Chef des Eidgenössischen Finanzdepartementes mindestens alle zwei Monate branchenübergreifend über Stand und Fortschritt der Problemlösung und mögliche wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Auswirkungen in der Schweiz. Zur Erfüllung seiner Aufgaben steht dem Jahr-2000-Delegierten ein eigenes Budget von jährlich rund 8 Mio. Franken und ein eigener Stab von etwa zehn Personen zur Verfügung.

Energie 2000: Nachfrage übersteigt Kredit

Bereits sechs Monate nach der Lancierung des Investitionsprogramms Energie 2000 wurde der gesamte zur Verfügung stehende Betrag von 64 Mio. Franken verpflichtet. Laut Zwischenbericht des im Juni 1997 begonnenen Programms gingen

bis zum 24. Mai 1998 insgesamt 3164 Gesuche für einen Bundesbeitrag von 92 Mio. Franken ein. Gemäss Statistiken und vorläufiger Evaluation sollten die meisten Ziele des Programms erreicht werden können: Das ausgelöste Investitionsvolumen dürfte rund 600 Mio. Franken, der Vollzugsaufwand maximal 5% der verteilten Beiträge oder 0,5% des Investitionsvolumens betragen; der Beschäftigungseffekt wird auf 5000 bis 6000 Personenjahre und die Reduktion der CO_2-Emissionen auf rund 60 000 t pro Jahr geschätzt. Die Verteilung der Gesuche auf die Kantone ist sehr unterschiedlich. Bezogen auf die Bevölkerungszahl profitierten die Kantone Uri, Appenzell, Graubünden, Glarus und Thurgau am meisten vom Programm, am wenigsten die Kantone Waadt, Genf und Tessin; dies obwohl in der Westschweiz und im Tessin am meisten Informations- und Motivationsanstrengungen unternommen wurden. 80% der bewilligten Investitionen entfallen auf die Gebäudesanierung, 16% auf die erneuerbaren Energien, je 2% auf die Beleuchtungssanierung und die Wärmerückgewinnung.

Nationalrat Eugen David (SG) unterstrich die kombinierte Energie-, Umwelt- und Konjunkturwirkung des Programms. Sorge mache aber die Dauerhaftigkeit des Programms. Die staatliche Stop-and-go-Politik im Energiebereich müsse durch einen langfristigen Ansatz abgelöst werden, und zwar über das Energiegesetz: Mit einer Lenkungsabgabe sollen während 10 bis 15 Jahren moderne Technologien für die rationelle Energienutzung und für erneuerbare Energien kontinuierlich gefördert werden. Damit können positive volkswirtschaftliche Effekte erzielt werden.

Serge Gaillard vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund hob den geringen Mitnahmeeffekt des Programms hervor: 72% der Projekte wurden gemäss Vorevaluationen vorgezogen, und bei fast drei Vierteln der nicht vorgezogenen Projekte wurde die Investitionssumme erhöht. Dank dem geschaffenen Arbeitsvolumen von 5000 bis 6000 Personenjahren spare die Arbeitslosenversicherung mehr als 100 Millionen Franken. Weil zudem der weitaus grösste Teil der Wertschöpfung für Gebäudehüllen und erneuerbare Energien in der Schweiz verbleibe, eignen sich Subventionen in diesen zwei Bereichen besonders gut für eine «nationale» Konjunkturpolitik.

Nicht einverstanden mit dieser Beurteilung war Rudolf Walser vom Vorort. Die Wirtschaft lehne das Investitionsprogramm im privaten Sektor vor allem aus ordnungspolitischen Gründen ab: ein hoher Mitnahmeeffekt, Willkür der staatlichen Eingriffe, eine selektive Struktur- bzw. Industriepolitik sowie administrative Probleme seien nicht zu umgehen.

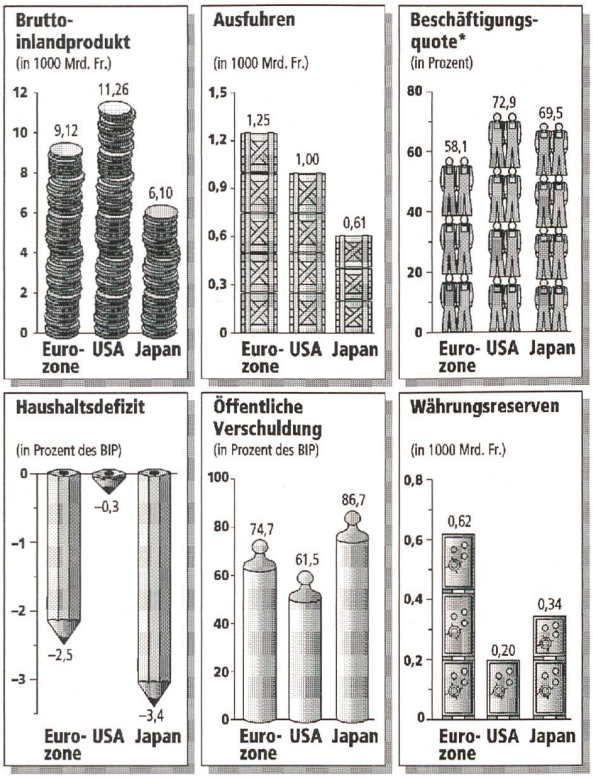
Die Zwischenbilanz zum Investitionsprogramm Energie 2000 kann für 30 Franken unter der Bestellnummer 805.060 d bei der EDMZ, 3000 Bern, bezogen werden. Weitere Informationen finden sich auf der Internet-Homepage http://www.invest-e2000.ch.

Die Euro-Zone als Wirtschaftsmacht

Die elf Teilnehmerstaaten der Europäischen Währungsunion (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) bilden eine Wirtschaftsmacht, welche mit den USA und Japan vergleichbar ist. Wie die Wirtschaftsförderung (Wf) Angaben des Instituts der deutschen Wirtschaft entnimmt, ist die Euro-Zone mit Ausfuhren von 1,25 Billionen Franken führend im Exportbereich. Die USA und Japan wiesen 1997 Exporte von 1 Billion bzw. 610 Mrd. Franken aus. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) der elf EU-Staaten von 9,12 Billionen Franken macht rund 80% des amerikanischen, hingegen 150% des japanischen BIP aus.

Die öffentlichen Finanzen haben die USA am besten im Griff. Europa liegt mit einem Haushaltsdefizit von 2,5% und einer Verschuldung von knapp 75% des BIP an zweiter Stelle. Die Arbeitslosenquote von 11,5% im Euro-Club wirkt sich auch auf die Beschäftigungsquote aus. Der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist in der Euro-Zone mit 58,1% am tiefsten.

Die Wirtschaftsräume im Vergleich 1997



Eurozone: EU ohne Griechenland, Dänemark, Schweden und Grossbritannien
* Beschäftigte in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Veranstaltungen Manifestations

Haussystemtechnik an der Cebit Home

26.–30. August in Hannover

Das Zeitalter der Haussystemtechnik scheint nun auch im privaten Wohnbereich zu beginnen. Obwohl die Kaffeemaschine mit Zeitschaltuhr mehr oder weniger gescheitert zu sein scheint, hoffen die Hersteller, dass die Technik in einigen Jahren zur Standardausrüstung von Neubauten gehören wird. Auf der Cebit Home 98 (26. bis 30. August) in Hannover können sich Besucher darüber informieren, welche Techniken für Wohnhäuser möglich und sinnvoll sind.

Bei Gebäudemanagementsystemen übernimmt eine zentrale Leitstelle (Home Assi-